NACHRICHTEN
Österreich

04. Mai 2025

Krankenhausangriff tötet 7 - Süd Sudan droht Bürgerkrieg

Ein Bombenangriff auf ein Krankenhaus in Südsudan tötete sieben Menschen und weckt Ängste vor einer Rückkehr in den Bürgerkrieg. Ärzte ohne Grenzen fordert Schutz für Zivilisten und medizinische Einrichtungen.

Bei einem Angriff auf ein Krankenhaus und einen Markt in Südsudan am Samstag wurden mindestens sieben Personen getötet und 20 weitere verletzt, wie eine medizinische Hilfsorganisation mitteilte. Die Sorge wächst, dass das Land erneut in einen vollumfänglichen Bürgerkrieg abgleiten könnte.

Angriff auf das Krankenhaus in Old Fangak

Ärzte ohne Grenzen, auch bekannt als Médecins Sans Frontières (MSF), verurteilte den frühmorgendlichen Angriff auf ihr Krankenhaus in Old Fangak, im Bundesstaat Jonglei im

Nordosten des Landes. MSF berichtete, dass Hubschrauber-Bomber eine Bombe auf ihre Apotheke abwarfen und die Stadt 30 Minuten lang beschossen.

Die Apotheke wurde vollständig zerstört, und sämtliche medizinischen Vorräte gingen in den Flammen verloren, wodurch das letzte verbleibende Krankenhaus in der Region vernichtet wurde. Laut MSF wurde auch ein nahegelegener ziviler Markt von einer Drohne bombardiert.

Folgen des Angriffs

„Dieser Angriff hat unsere Fähigkeit, lebensrettende Hilfe in Old Fangak zu leisten, erheblich beeinträchtigt – das einzige Krankenhaus, das über 110.000 Menschen in der Region versorgt“, erklärte MSF. Es ist unklar, warum das Krankenhaus Ziel eines Angriffs wurde oder von wem, jedoch geschieht dies inmitten wachsender Spannungen zwischen dem südsudanesischen Präsidenten Salva Kiir und Vizepräsident Riek Machar – die gegnerische Fraktionen in einer Einheitsregierung anführen, die nach einem Friedensabkommen von 2018 gebildet wurde. Machar wurde im März **verhaftet** und beschuldigt, einen Aufstand anzustiften.

Forderungen nach Schutz für Zivilisten

MSF forderte alle Konfliktparteien auf, Zivilisten und humanitäre Infrastruktur zu respektieren und zu schützen. Der tödliche Angriff war bereits der zweite auf ihre Einrichtungen innerhalb eines Monats. Am 14. April wurden schwerbewaffnete Männer in einem MSF-Krankenhaus in Ulang, im Bundesstaat Oberer Nil, gesichtet, die den Zugang zur sekundären Gesundheitsversorgung für Tausende unterbrachen.

Aussagen zur Verantwortung

Der Kommissar von Fangak County, Biel Boutros Biel, erklärte in

einer Nachricht, die im lokalen Fernsehen ausgestrahlt wurde, dass die Regierungsstreitkräfte – die Südsudanesischen Verteidigungskräfte (SSPDF) – den Angriff auf das Krankenhaus und den Markt durchgeführt hätten. Er berichtete, dass mehr als 30.000 Zivilisten durch den Angriff vertrieben wurden.

Fangak County ist ethnisch Nuer geprägt und wird traditionell mit der Oppositionspartei, die Vizepräsident Machar loyal ist, in Verbindung gebracht. „Die Regierung nutzt natürliche Ressourcen, um ihr eigenes Volk aufgrund ihrer Identität als Nuer und ihrer wahrgenommenen Loyalität zu Oppositionsgruppen zu töten“, so Biel, der auf eine kürzliche Regierungsanweisung hinwies, die neun Landkreise, darunter Fangak, als „feindlich“ einstuft. Er verurteilte die Gewalt und forderte die internationale Gemeinschaft zum Handeln auf.

Internationale Reaktionen auf die Eskalation

CNN hat die südsudanesische Regierung um einen Kommentar gebeten. Einen Tag vor dem Angriff warnten die Botschaften Kanadas, Deutschlands, der Niederlande, Norwegens, des Vereinigten Königreichs und der USA sowie die EU vor der sich schnell verschlechternden Sicherheitslage in Südsudan und forderten Präsident Kiir auf, Vizepräsident Machar aus dem Hausarrest zu entlassen. „Alle Konfliktparteien müssen die Gewalt als politisches Mittel einstellen“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Länder.

Ein fragiler Waffenstillstand

Südsudan trennte sich 2011 von Rest-Sudan nach Jahrzehnten von Unruhen für die Unabhängigkeit, hat jedoch seitdem Mühe, Frieden in seinem Gebiet aufrechtzuerhalten. Das Land ist entlang ethnischer Linien geteilt – zwischen dem Mehrheitsstamm der Dinka, aus dem Kiir stammt, und der Nuer-Ethnie, die zweitgrößte im Land.

2013 stürzte Südsudan in einen Bürgerkrieg, nachdem Kiir Machar als Vizepräsident abgesetzt hatte; der folgende fünfjährige Konflikt kostete schätzungsweise **400.000 Menschen** das Leben, bevor die beiden Seiten einen fragilen Waffenstillstand und ein **Machtteilungsabkommen** im Jahr 2018 erreichten.

Humanitäre Krise in Südsudan

Das Land, das nie eine nationale Wahl abgehalten hat, wird nun von einer Koalition unter der Leitung von Präsident Kiir und fünf Vizepräsidenten regiert, darunter Machar, der Anführer der SPLM/A-IO-Partei. Nach Machars Verhaftung im März gab die SPLM/A-IO eine Erklärung ab, dass seine Haft „effektiv das (Friedens-)Abkommen zwischen ihm und Kiir zum Zusammenbruch bringt.“ Laut einem Bericht von 2025 des UN-Flüchtlingswerks ist die Situation in Südsudan eine der schwersten Flüchtlingskrisen Afrikas, mit 2,3 Millionen Flüchtlingen und Asylsuchenden in Nachbarländern und weiteren 2 Millionen intern vertriebenen Südsudanesen, die durch Konflikte oder Naturkatastrophen innerhalb ihres Landes bedingt sind.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at